



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04604**

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 **mit den folgenden Änderungen der unter 3. aufgeführten Maßnahmen (2023 bis 2037 jährlich wirkend):**

1.	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 500% auf 700%	8.435.310 €
1.	Erhöhung des Ertrages aus der Gewerbesteuer	7.500.000 €
2.	Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten	3.800.000 €
3.	Zuschussreduzierung Zoo	100.000 €
4.	Reduzierung Sportförderung um 15%	215.820 €
5.	Reduzierung Kulturförderung um 15%	176.250 €
6.	Erhöhung Hundesteuer Ersthund von 100 auf 120 Euro; Ermäßigt von 50 auf 60 Euro	192.620 €
7.	Baum- und Bankpatenschaften ab 2023 ff. nur noch bei Mindestspende Baumpaten 600 Euro und Bankpaten kostendeckend	50.000 €
3.8.	Reduzierung Budget Fortbildung	400.000 €
4.9.	Reduzierung Budget Dienstreisen	130.000 €
	Summe	13.500.000 € 11.500.000 €

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen. **Text und Zahlen sind auf den Seiten 35 – 37 und anderen entsprechend anzupassen.**



2. Im Stellenplan 2023 werden 43 Stellen gemäß Anlage 1 gesperrt. Dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ist ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe vorzulegen. In der Folge entscheidet der Ausschuss monatlich auf Basis der angezeigten tatsächlichen Bedarfe sowie dem Verhältnis zwischen SOLL und IST der Stellenbesetzung für die jeweilige Funktion über die Freigabe der neu zu schaffenden Stellen.
3. Zur Sicherung der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung wird ein ständiger beratender Sonderausschuss „Verwaltungsoptimierung“ gebildet. Der Sonderausschuss setzt sich aus elf stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates zusammen. Der Vorsitz wird durch einen Stadtrat wahrgenommen. Der Sonderausschuss hat die primäre Aufgabe Verwaltungsstrukturen zu evaluieren und Maßnahmen zur Kostendämpfung und/oder -reduzierung zu definieren, die Minderaufwendungen i.H.v. 500.000 EUR ab dem Jahr 2024 ermöglichen sollten. Daneben erhält der Ausschuss Empfehlungsrechte zu folgenden Maßnahmen:
 - a) Für das Jahr 2030 ist eine Minderaufwendung von 500.000 EUR für die Hilfen zur Erziehung (HzE) vorzusehen. Die Minderaufwendung soll jährlich aufwachsend gestaltet sein, um im Jahr 2037 den Zielwert von 2 Mio. EUR zu erreichen. Um dies zu erreichen, wird das Präventionskonzept der Stadt Halle (Saale) 2023 fortgeschrieben. Hierbei wird das Maßnahmenpaket für die Jahre bis 2030 ergänzt, mit dem Ziel, die Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung (HzE) langfristig zu reduzieren.
 - b) Der Sonderausschuss evaluiert fortlaufend den Stellenplan hinsichtlich tatsächlich vorhandener Bedarfe und erarbeitet Empfehlungen zur Streichung oder Sperrung von Stellen. Überschreitet die Nichtbesetzungsquote der Stellen laut Stellenplan zum 30.09. eines jeden Jahres im jährlichen Durchschnitt 10 v. H. legt die Stadtverwaltung dem Ausschuss einen Stellenbesetzungsplan vor, der definiert, welche Stellen, aus welchem Grund weiterhin benötigt werden sowie wie und bis wann ihre Besetzung sichergestellt werden soll.
 - c) Der Ausschuss begleitet die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Konsolidierungskonzept 2023. Insbesondere überprüft er jährlich in seiner September-Sitzung die in das Konsolidierungskonzept einfließenden Gewerbesteuerermehreinnahmen. Bei Unterschreitung der geplanten Einnahmen schlägt er Alternativen vor. Insbesondere wird bei Unterschreitung als mögliche Alternative die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer erwogen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) als Beschlussvorlage in den Stadtrat einzubringen.

4. Es wird eine Zielquote von <8 v. H. unbesetzter Vollzeitbeschäftigteneinheiten im jährlichen Durchschnitt ab 2024 definiert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur zügigen und dauerhaften Reduktion der Nichtbesetzungsquote zu definieren und diese dem Sonderausschuss Verwaltungsoptimierung sowie dem Stadtrat zu Beginn des zweiten Quartals 2023 vorzulegen.
5. 2- Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 mit den sich aus Ziffer 2 bis 4 ergebenden sowie folgenden weiteren Änderungen:



- a) Im Produkt 1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen wird der Ansatz Personalaufwendungen für 2023 um 75.000 EUR und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
- b) Im Produkt 1.11115 Bürgerbeteiligung wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 60.000 EUR erhöht. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 60.000 EUR werden für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt.
- c) Im Produkt 1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung werden die Erträge für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 555.000 EUR erhöht.
- d) Im Produkt 1.25301 Zoologischer Garten (Transferleistung) wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
- e) Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Leistung 1.28102.01 Ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 176.250 EUR erhöht.
- f) Im Produkt 1.31210 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II wird der Ansatz für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 1.809.690 EUR gemindert.
- g) Im Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem 8. und 9. Kapitel SGB XII/Leistung 1.31151.01 Pflichtleistungen freier Träger werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 21.700 EUR zusätzlich eingestellt.
- h) Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen § 16a SGB II werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 77.700 EUR zusätzlich eingestellt.
- i) Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 36.600 EUR erhöht.
- j) Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.
- k) Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 43.000 EUR erhöht.
- l) Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 215.800 EUR erhöht.
- m) Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR gemindert.
- n) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Pflege der Bäume und Ersatzpflanzungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.
- o) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen als Ersatz für die Mindereinnahmen Bankpatenschaften für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 50.000 EUR erhöht.
- p) Im Produkt 1.55402 Natur und Landschaft wird der Ansatz Personalaufwendungen für das Jahr 2023 um 75.000 EUR (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht. Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen.
- q) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Gewerbesteuern für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 7.500.000 EUR erhöht.



- r) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 321.750 EUR erhöht.
- s) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für die Grundsteuer B für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 10.445.000 EUR und für die Hundesteuer für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 192.620 EUR gemindert.
- t) Die neu geschaffene 1,00 VZS Förster/in im Fachbereich Umwelt wird im Stellenplan mit der Entgeltgruppe E 11 dargestellt.
- u) Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“ gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
 - Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
 - Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
 - Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR
- v) Im Produkt 8.52101002 Stellplatzablöse wird der Ansatz Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 40.000 EUR auf 50.000 EUR erhöht. Diese Mittel werden für das Produkt 8.54602011 Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc. im Ansatz Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt.

6. ~~3.~~ Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604)
Vorlage: VII/2022/04818**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

In der Anlage zum Teilplan 23_1_110 – Transferpersonal (S. 1327) wird der kw-Vermerk zur Stelle: Mitarbeiter/-in Chorkleidung/Ausstattung gestrichen.

Diese Stelle wird zukünftig im Stellenplan Stadtsingechor (Anlage zum Teilplan 23_3_444 / S. 1350) geführt.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie dem Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04879**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat ~~lehnt~~ ~~beschließt~~ das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 ~~ab~~. **Stattdessen wird die Stadtverwaltung beauftragt, zur Bewältigung der aktuellen Krise bei der Landesregierung ein Konsolidierungsmoratorium für kommunale Haushalte zu erwirken. Dieses Moratorium soll mindestens bis zum 31.12.2024 gelten. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.**
2. **Im Haushaltsplan 2023 werden die folgenden Konsolidierungsmaßnahmen gestrichen:**
 - a. **Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 500 % auf 700 %**
 - b. **Reduzierung Sportförderung um 15 %**
 - c. **Reduzierung Kulturförderung um 15 %**
 - d. **Baum- und Bankpatenschaften ab 2023 ff nur noch bei Mindestspende Baumpaten 600 EUR und Bankpaten kostendeckend**
3. **In der Haushaltsplanung wird die folgende Konsolidierungsmaßnahme wie folgt angepasst:
Reduzierung des Zuschusses an den Zoo lediglich in einer Höhe von 50.000 EUR**
4. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem **angepassten** Haushaltsplan 2023.
5. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604), hier: Förster/in
Vorlage: VII/2022/04899**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die neue geschaffene 1,00 VZS „Förster/in“ im Fachbereich Umwelt wird im Stellenplan mit der Entgeltgruppe E11 dargestellt.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604), hier: Liveübertragung Stadtratssitzungen
Vorlage: VII/2022/04900**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Im Haushaltsplan Halle (Saale) 2023 werden zusätzliche Mittel i. H. v. 40.000 Euro für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt. Im Produkt 1.11115 DLZ Bürgerbeteiligung werden „Aufwendungen/ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ entsprechend um 40.000 Euro ab 2023 erhöht.
2. Die Deckung erfolgt aus dem zu erwartenden Mehrertrag bzw. Mehreinzahlungen bei der Stellplatzabläse (Produkt 8.52101002).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.5 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04910**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle „Referent/-in für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_010 bleibt bestehen. Es erfolgt keine Umorganisation zur Stelle „Kordinator/-in Haushaltskonsolidierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_200.
2. Eine Stelle „Kordinator/-in zur Stärkung kommunaler Integrationsarbeit“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_802 wird gestrichen.
3. Es werden zwei Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ in der Anlage zum Teilplan 23_2_670 geschaffen, nicht vier.
4. Es werden drei Stellen „Personalentwicklungsstellen Beamte (Stadtsekretär/-in)“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_110 geschaffen, nicht vier.
5. **Die drei neuen Stellen „Umzugs- und Betreuungsmanager/-in“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_820 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet**
6. **Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:**
Eine neue Stelle „Teamleiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in BÜS auf ein Jahr
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Fachverfahren/Dokumentenprüfung Ukraine auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Vorgangsbearbeitung/BackOffice auf zwei Jahre



7. **Es werden vier statt sieben neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese vier neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre**
8. **Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:
Die drei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Eingliederungshilfe auf zwei Jahre

Zwei neue Stellen Sachbearbeiter/-in Grundsicherung auf zwei Jahre

Die neue Stelle Sachbearbeiter Mietbuchhaltung/Betriebskostenabrechnung IGW auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Wohnungsbereitstellung Asyl auf zwei Jahre

Die zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Krankenhilfe Asyl auf zwei Jahre**
9. **Es werden nur drei, statt fünf neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese drei neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.**
10. **Es werden nur drei statt fünf weitere Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese drei Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.**
11. **Die sechs neuen Stellen Schulsekretär/-in in der Anlage zum Teilplan 23_4_510 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet.**
12. **Die fünf der dreizehn neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Wohngeld“ in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 werden auf zwei Jahre befristet.**
13. **Die freiwerdenden Gelder werden zur Tilgung von Liquiditätskrediten eingesetzt.**

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.6 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021" VII/2022/04604
Vorlage: VII/2022/04940**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Vorgeschlagen werden folgende Mehraufwendungen:

1. Im Produkt **1.42101 Sportförderung** wird der Ansatz Transferaufwendungen um 215.800 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
2. Im Produkt **1.28102 Pflege von Kunst und Kultur** wird der Ansatz Transferaufwendungen für ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung um 176.250 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
3. Im Produkt **1.36201 Jugendarbeit** wird der Ansatz Transferaufwendungen um 300.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
4. Im Produkt **1.41431 Suchtberatungsstellen** wird der Ansatz Transferaufwendungen um 43.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
5. Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen. Die Mittel für Personalaufwendungen im Produkt **1.55402 Natur und Landschaft** werden entsprechend um 75.000 EUR für das Jahr 2023 (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht.



Vorgeschlagen werden folgende Mehrerträge/Minderaufwendungen:

6. Im Produkt **1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen** wird der Ansatz „Erträge aus Steuern und ähnliche Abgaben“ um 200.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht. Eine Erhöhung der jährlichen Hundesteuer für den Ersthund von 100 auf 140 Euro (ermäßigt von 50 auf 70 Euro) von 180 Euro auf 200 Euro für den Zweithund (ermäßigt von 90 auf 100 Euro) und für gefährliche Hunde von 720 Euro auf 740 Euro ermöglicht diese Mehrerträge.
7. Im Produkt **1.54602 Betrieb und Unterhaltung öffentlich-rechtlicher Parkeinrichtungen** wird der Ansatz „Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ um 330.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht. Mehrerträge werden ab 2023 durch eine Änderung der städtischen Parkgebührenordnung erwartet.
8. Im Produkt **1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen** wird der Ansatz der sogenannten „globalen Minderung Personalaufwendungen“ um 75.000 EUR für das Jahr 2023 und 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht.

Der Stadtrat beschließt außerdem:

9. Die Mindestspendensumme im Rahmen von Baumpatenschaften wird ab 2023 nicht angehoben und verbleibt bei 300 EUR je Patenbaum. Eine Änderung des Haushaltsansatzes ist nicht notwendig, da bereits Erträge im Produkt **1.55101 Grünflächen und Parkanlagen** im Ansatz „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ in Höhe von 25.000 EUR bei kalkulierten 84 jährlichen Patenbäumen eingeplant sind.
10. Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen **Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“** gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.7 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04947**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.
4. **Alle im Vergleich zum Haushalt 2022 neu hinzugefügten Personalstellen bleiben gesperrt. Die Sperrung kann vom Finanzausschuss aufgehoben werden, wenn die Verwaltung einen entsprechenden Kompensationsvorschlag auf der Grundlage anderer, nicht mehr benötigter Personalstellen macht. Davon ausgenommen sind folgende im Stellenplanentwurf 2023 vorgesehene Stellen:**
 - 4,92 VZS als refinanzierte Stellen,
 - 2,340 VZS als Anpassung von Teilzeitstellen der Gesamtverwaltung wegen Arbeitszeitsenkung (Tarifvertrag 39 h),
 - 17 Beamtenstellen im Teilplan 23_0_370 für Einsatzkräfte und Disponenten im Bereich der Feuerwehr,
 - 9 VZS im Teilplan 23_2_670 (Förster/in, Forstarbeiter/in, Gärtner/in, SB Verwaltung).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.8 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/05036**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 in der folgenden geänderten Fassung (2023 bis 2037 jährlich wirkend):

1 Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 500 auf 700 %-P.	
davon	7.170.000 €
2 Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten	3.800.000 €
3 Reduzierung Budget Fortbildung	400.000 €
4 Reduzierung Budget Dienstreisen	130.000 €
Summe	11.500.000 €

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen. **Text und Zahlen sind auf den Seiten 35 – 37 und anderen entsprechend anzupassen.**

2. Im Stellenplan 2023 werden 43 Stellen gemäß Anlage 1 gesperrt. Dem **Stadtrat** Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ist ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe vorzulegen. In der Folge entscheidet der Ausschuss **Stadtrat** über die Freigabe der neu zu schaffenden Stellen.

3. ~~Zur Sicherung der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung wird im Rahmen der Tätigkeit des Finanzausschusses ein ständiger Aufgabenbereich „Verwaltungsoptimierung“ installiert, welcher zum Inhalt hat, Verwaltungsstrukturen zu evaluieren und Maßnahmen zur Kostendämpfung und/oder -reduzierung zu definieren. Daneben erhält der Finanzausschuss Empfehlungsrechte zu folgenden Maßnahmen:~~

~~a) Für das Jahr 2030 ist eine Minderaufwendung von 500.000 EUR für die~~



- ~~Hilfen zur Erziehung (HzE) als Ziel anzustreben (ausgehend vom IST 2022). Die Minderaufwendung soll jährlich aufwachsend gestaltet sein, um im Jahr 2037 den Zielwert von 2 Mio. EUR zu erreichen. Um dies zu erreichen, wird das Präventionskonzept der Stadt Halle (Saale) 2023 fortgeschrieben. Hierbei wird das Maßnahmenpaket für die Jahre bis 2030 ergänzt, mit dem Ziel, die Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung (HzE) langfristig zu reduzieren.~~
- ~~b) Der Ausschuss evaluiert fortlaufend den Stellenplan hinsichtlich tatsächlich vorhandener Bedarfe und erarbeitet gegebenenfalls Empfehlungen zur Streichung und/oder Sperrung von Stellen. Überschreitet die Nichtbesetzungsquote der Stellen laut Stellenplan zum 30.09. eines jeden Jahres im jährlichen Durchschnitt 10 v. H. legt die Stadtverwaltung dem Ausschuss einen Stellenbesetzungsplan vor, der definiert, welche Stellen, aus welchem Grund weiterhin benötigt werden sowie wie und bis wann ihre Besetzung sichergestellt werden soll.~~
- ~~c) Der Ausschuss begleitet die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Konsolidierungskonzept 2023. Bei Unterschreitung der geplanten Einnahmen/Erträge schlägt er Alternativen vor.~~
- ~~d) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine möglicherweise notwendige Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) als Beschlussvorlage in den Stadtrat einzubringen.~~
4. 2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 mit den sich aus Ziffer 2 bis 4 ergebenden sowie folgenden weiteren Änderungen:
- a) Im Produkt 1.1112 übergreifende Personalmaßnahmen/ Personalaufwand erfolgt eine Erhöhung des Ansatzes um 75.000 EUR (2024 ff. um 100.000 EUR)
- b) Im Produkt 1.1115 DLZ Bürgerbeteiligung werden „Aufwendungen/ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ entsprechend um 60.000 EUR ab 2023 erhöht. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 60.000 EUR werden für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt.
- c) Im Produkt 1.12201 Allg. Sicherheit u. Ordnung werden die Erträge um 555.000 EUR erhöht.
- d) Im Produkt 1.25301 ZOO wird der Zuschuss um 100.00 EUR erhöht.
- e) Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz Transferaufwendungen für ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung um 176.250 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
- f) Im Produkt 1.31210 Leistungen der Unterkunft (KdU) / Aufwand wird um 1.809.690 EUR gemindert.
- g) Im Produkt 1.31151 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten/ Leistung Pflichtleistungen freier Träger werden 21.700 EUR zusätzlich eingestellt.
- h) Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen § 16 a SGB II (Schuldnerberatung) werden 77.700 EUR (davon Stadtinsel 56.800 EUR mehr) zusätzlich eingestellt.
- i) Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege/ Transferaufwendungen werden 36.600 EUR zusätzlich eingestellt.
- j) Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz Transferaufwendungen um 250.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
- k) Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz Transferaufwendungen um 43.000 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.



- l) Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz Transferaufwendungen um 215.800 EUR jeweils für die Jahre 2023 bis 2026 erhöht.
- m) Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen um 300.000 EUR gemindert.
- n) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen werden im Ansatz „Aufwand f. SuD“ 250.000 EUR zusätzlich für die Pflege der Bäume und Ersatzpflanzungen bereitgestellt.
- o) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen werden im Ansatz „Aufwand f. SuD“ 50.000 EUR zusätzlich als Ersatz für die Mindereinnahmen Bankpatenschaften eingestellt.
- p) Im Produkt 1.55402 Natur und Landschaft werden die Mittel für Personalaufwendungen um 75.000 EUR für das Jahr 2023 (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht. (Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen.)
- q) Im Produkt 1.61101 Steuern, allg. Zuweisungen u. Umlagen wird der Ansatz für Gewerbesteuern um 6.915.000 EUR erhöht und der Ansatz für die Hundesteuer um 50.000 EUR gemindert.
- r) Im Produkt 1.11129 Gewinnausschüttung Wohnungswirtschaft wird der Ansatz um 10.000.000 EUR gemindert.
- s) Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“ gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
 - Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
 - Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
 - Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR
- t) Im Produkt Stellplatzablöse (8.52101002) wird der Ansatz aus „Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten“ um 40.000 EUR auf 50.000 EUR erhöht. Von diesen Mitteln werden für das Produkt Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc. (854602011) im Ansatz „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ 20.000 EUR zur Verfügung gestellt. Weitere 20.000 EUR werden für die Einrichtung einer Behindertentoilette Sternstraße/ Kleiner Berlin für Planungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt.

5. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, SPD, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/05038**

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 **mit den folgenden Änderungen der unter 3. aufgeführten Maßnahmen (2023 bis 2037 jährlich wirkend):**

1.	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 500% auf 700%	8.435.310 €
1.	Erhöhung des Ertrages aus der Gewerbesteuer	7.500.000 €
2.	Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten	3.800.000 €
3.	Zuschussreduzierung Zoo	400.000 €
4.	Reduzierung Sportförderung um 15%	215.820 €
5.	Reduzierung Kulturförderung um 15%	176.250 €
6.	Erhöhung Hundesteuer Ersthund von 100 auf 120 Euro; Ermäßigt von 50 auf 60 Euro	192.620 €
7.	Baum- und Bankpatenschaften ab 2023 ff. nur noch bei Mindestspende Baumpaten 600 Euro und Bankpaten kostendeckend	50.000 €
3.8.	Reduzierung Budget Fortbildung	400.000 €
4.9.	Reduzierung Budget Dienstreisen	130.000 €
Summe		13.500.000 € 11.500.000 €

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den



Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen. **Text und Zahlen sind auf den Seiten 35 – 37 und anderen entsprechend anzupassen.**

2. **Im Stellenplan 2023 werden 43 Stellen gemäß Anlage 1 gesperrt. Dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ist ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe vorzulegen. In der Folge entscheidet der Ausschuss monatlich auf Basis der angezeigten tatsächlichen Bedarfe sowie dem Verhältnis zwischen SOLL und IST der Stellenbesetzung für die jeweilige Funktion über die Freigabe der neu zu schaffenden Stellen.**
3. **Zur Sicherung der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung wird ein ständiger beratender Sonderausschuss „Verwaltungsoptimierung“ gebildet. Der Sonderausschuss setzt sich aus elf stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates zusammen. Der Vorsitz wird durch einen Stadtrat wahrgenommen. Der Sonderausschuss hat die primäre Aufgabe Verwaltungsstrukturen zu evaluieren und Maßnahmen zur Kostendämpfung und/oder -reduzierung zu definieren, die Minderaufwendungen i.H.v. 500.000 EUR ab dem Jahr 2024 ermöglichen sollten. Daneben erhält der Ausschuss Empfehlungsrechte zu folgenden Maßnahmen:**
 - a) **Für das Jahr 2030 ist eine Minderaufwendung von 500.000 EUR für die Hilfen zur Erziehung (HzE) vorzusehen. Die Minderaufwendung soll jährlich aufwachsend gestaltet sein, um im Jahr 2037 den Zielwert von 2 Mio. EUR zu erreichen. Um dies zu erreichen, wird das Präventionskonzept der Stadt Halle (Saale) 2023 fortgeschrieben. Hierbei wird das Maßnahmenpaket für die Jahre bis 2030 ergänzt, mit dem Ziel, die Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung (HzE) langfristig zu reduzieren.**
 - b) **Der Sonderausschuss evaluiert fortlaufend den Stellenplan hinsichtlich tatsächlich vorhandener Bedarfe und erarbeitet Empfehlungen zur Streichung oder Sperrung von Stellen. Überschreitet die Nichtbesetzungsquote der Stellen laut Stellenplan zum 30.09. eines jeden Jahres im jährlichen Durchschnitt 10 v. H. legt die Stadtverwaltung dem Ausschuss einen Stellenbesetzungsplan vor, der definiert, welche Stellen, aus welchem Grund weiterhin benötigt werden sowie wie und bis wann ihre Besetzung sichergestellt werden soll.**
 - c) **Der Ausschuss begleitet die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Konsolidierungskonzept 2023. Insbesondere überprüft er jährlich in seiner September-Sitzung die in das Konsolidierungskonzept einfließenden Gewerbesteuerermehreinnahmen. Bei Unterschreitung der geplanten Einnahmen schlägt er Alternativen vor. Insbesondere wird bei Unterschreitung als mögliche Alternative die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer erwogen.**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) als Beschlussvorlage in den Stadtrat einzubringen.

4. **Es wird eine Zielquote von <8 v. H. unbesetzter Vollzeitbeschäftigteinheiten im jährlichen Durchschnitt ab 2024 definiert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur zügigen und dauerhaften Reduktion der Nichtbesetzungsquote zu definieren und diese dem Sonderausschuss Verwaltungsoptimierung sowie dem Stadtrat zu Beginn des zweiten Quartals 2023 vorzulegen.**



5. 2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 mit den sich aus Ziffer 2 bis 4 ergebenden sowie folgenden weiteren Änderungen:
- a) Im Produkt 1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen wird der Ansatz Personalaufwendungen für 2023 um 75.000 EUR und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - b) Im Produkt 1.11115 Bürgerbeteiligung wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 60.000 EUR erhöht. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 60.000 EUR werden für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt.
 - c) Im Produkt 1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung werden die Erträge für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 555.000 EUR erhöht.
 - d) Im Produkt 1.25301 Zoologischer Garten (Transferleistung) wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - e) Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Leistung 1.28102.01 Ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 176.250 EUR erhöht.
 - f) Im Produkt 1.31210 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II wird der Ansatz für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 1.809.690 EUR gemindert.
 - g) Im Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem 8. und 9. Kapitel SGB XII/Leistung 1.31151.01 Pflichtleistungen freier Träger werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 21.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - h) Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen § 16a SGB II werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 77.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - i) Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 36.600 EUR erhöht.
 - j) Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.
 - k) Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 43.000 EUR erhöht.
 - l) Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 215.800 EUR erhöht.
 - m) Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR gemindert.
 - n) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Pflege der Bäume und Ersatzpflanzungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.
 - o) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen als Ersatz für die Mindereinnahmen Bankpatenschaften für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 50.000 EUR erhöht.
 - p) Im Produkt 1.55402 Natur und Landschaft wird der Ansatz Personalaufwendungen für das Jahr 2023 um 75.000 EUR (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht. Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen.



- q) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Gewerbesteuern für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 7.500.000 EUR erhöht.
- r) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 321.750 EUR erhöht.
- s) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für die Grundsteuer B für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 10.445.000 EUR und für die Hundesteuer für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 192.620 EUR gemindert.
- t) Die neu geschaffene 1,00 VZS Förster/in im Fachbereich Umwelt wird im Stellenplan mit der Entgeltgruppe E 11 dargestellt.
- u) Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“ gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
 - Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
 - Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
 - Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR
- v) Im Produkt 8.52101002 Stellplatzablöse wird der Ansatz Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 40.000 EUR auf 50.000 EUR erhöht. Diese Mittel werden für das Produkt 8.54602011 Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc. im Ansatz Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt.

6. ~~3~~ Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.2 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)
Vorlage: VII/2022/04654**

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.3 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).
Vorlage: VII/2022/04655**

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale)" VII/2022/04655
Vorlage: VII/2022/04941**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

§ 3 Abs. 1 Buchstaben a-c erhalten folgende Fassung:

Die Steuer beträgt jährlich:

- a) für den ersten Hund 140,00 Euro
- b) für den zweiten Hund und jeden weiteren 200,00 Euro
- c) für jeden gefährlichen Hund 740,00 Euro

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.4 Ermächtigung zur Darlehensaufnahme
Vorlage: VII/2022/04933

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2021 in Höhe von maximal 128.336.500,00 EUR, langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden konkreten Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

Nominalbetrag:	62.406.400,00 EUR
Aufnahmezeitpunkt:	spätestens bis zum 15.01.2023
Laufzeit:	20 Jahre
Zinsbindung:	10 Jahre

Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 7,00% p.a. nicht überschreiten.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im FB Städtebau und Bauordnung
Vorlage: VII/2022/04896**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

**PSP-Element 8.51108042.700 Taubenbrunnen
(HHPL Seiten 382, 1260)**

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **193.000 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.51108076.700 Peißnitz Brückenvorplatz (HHPL Seiten 398, 1261)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **193.000 EUR**

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/04768**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgende Produkte im Fachbereich Bildung:

1.36303 Hilfen zur Erziehung für Minderjährige (HHPL S. 1140)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **13.874.585 EUR**

1.36304 Hilfen für junge Volljährige/ Eingliederungshilfe (HHPL S. 1143)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **1.962.838 EUR**

1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (HHPL S. 1149)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **480.403 EUR**

1.36343 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (HHPL S. 1153)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **2.061.134 EUR.**

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **18.378.960 EUR.**



Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36701 Kinder- und Jugendschutzzentrum (HHPL S. 1163)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **63.540 EUR**

Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **76.850 EUR**

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL S. 1229)

Sachkontengruppe 40* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von **18.238.570 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **63.540 EUR**

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von **76.850 EUR**

22_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL S. 1232)

Finanzpositionsgruppe 60* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von **18.238.570 EUR.**

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.7 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2022/04446**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Fachbereich Rechnungsprüfung versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2021 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses

1. Bilanzsumme	12.806.023,76 EUR
1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf	
• das Anlagevermögen	21.430,03 EUR
• das Umlaufvermögen	12.771.784,84 EUR
1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf	
• das Eigenkapital	37.046,30 EUR
• den Sonderposten	572.172,13 EUR
• die Rückstellungen	148.653,94 EUR
• die Verbindlichkeiten	12.048.151,39 EUR
2. Jahresüberschuss	0,00 EUR
3. Summe der Erträge	6.276.447,94 EUR
4. Summe der Aufwendungen	6.276.447,94 EUR
II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2021 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.	

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.8 Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2022/04823

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Wirtschaftsplan 2023:

Erfolgsplan	
Gesamterträge	6.893.763,00 EUR
Gesamtaufwendungen	6.893.763,00 EUR
Vermögensplan	
Gesamteinnahmen	46.717,00 EUR
Gesamtausgaben	46.717,00 EUR

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.9 Wirtschaftsplan 2023 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04392

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Wirtschaftsplan 2023:

Erfolgsplan

Gesamterträge	65.986.482,57 EUR
Gesamtaufwendungen	65.986.482,57 EUR

Vermögensplan

Gesamteinnahmen	18.435.302,80 EUR
Gesamtausgaben	18.435.302,80 EUR

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.10 Wirtschaftsplan 2023 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: VII/2022/04871**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2023 wird genehmigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2027 wird zur Kenntnis genommen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.11 Wirtschaftsplan 2023 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VII/2022/04872**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2023 wird genehmigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2027 wird zur Kenntnis genommen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.12 Wahl eines Vertreters in den Aufsichtsrat der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2022/04877

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Auf Vorschlag der Saalesparkasse wird Herr Christian Rothe in den Aufsichtsrat der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH gewählt.

F.d.R.

Christin Bläßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.13 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VII/2022/04760**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.14 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) für das Jahr 2023 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen sowie Information über die finanzielle Situation der HAVAG im Jahr 2023
Vorlage: VII/2022/04889

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Verwendung der nachfolgend aufgeführten Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.15 Baubeschluss - Erweiterungsneubau Grundschule Büschdorf Halle, Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2, 06116 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04758**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Erweiterungsneubau Grundschule Büschdorf Halle am Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2, 06116 Halle (Saale) in einem Gesamtwertumfang von 3.810.300 €.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.16 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Integrierte Gesamtschule Halle Am Steintor, Adam-Kuckhoff-Straße 37, 06108 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“.
Vorlage: VII/2022/04725**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Integrierten Gesamtschule Halle Am Steintor, Adam-Kuckhoff-Straße 37, 06108 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ in einem Gesamtwertumfang nach Kostenberechnung von 572.200 €.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.17 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule Am Heiderand, Carl-Schorlemmer-Ring 66, 06122 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2022/04750**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Grundschule Am Heiderand, Carl-Schorlemmer-Ring 66, 06122 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ in einem Gesamtwertumfang nach Kostenberechnung von 539.400 €.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.18 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Pestalozzischule, Vor dem Hamstertor 12, 06128 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2022/04752**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Pestalozzischule, Vor dem Hamstertor 12, 06128 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ in einem Gesamtwertumfang nach Kostenberechnung von 477.100 €.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.19 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Sekundarschule "Johann Christian Reil", Ernst-Schneller-Straße 1, 06114 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2022/04751**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Sekundarschule "Johann Christian Reil", Ernst-Schneller-Straße 1, 06114 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ in einem Gesamtwertumfang nach Kostenberechnung von 600.500 €.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.20 Verrechnung der Zahlungen an die HAVAG für Schülerzeitkarten aufgrund des 9-Euro-Tickets - 1. Änderungsvertrag zum Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04686**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss des in der Anlage enthaltenen 1. Änderungsvertrags zum Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.21 Schulträgervereinbarung und Vereinbarung über Gastschulbeiträge
Vorlage: VII/2022/04756**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss der in der Anlage enthaltenen Schulträgervereinbarung sowie Vereinbarung über Gastschulbeiträge mit dem Landkreis Saalekreis zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule ab 01.08.2022.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

zu 5.22 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2022/04747

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung gemäß Anlage 1 nach dem Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA) für die Jahre 2023 bis 2025 zu.
2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2023 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2023
 - a) für die Suchtberatungsstellen und
 - b) für die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellenzugestimmt.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.23 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Sicherheit, Bereich Straßenreinigung
Vorlage: VII/2022/04998**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Sicherheit:

1.54502 Straßenreinigung (HHPL S. 245)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **1.067.000 EUR.**

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Sicherheit:

22_0-370_3 Straßenreinigung, Winterdienst (HHPL S. 246)

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **1.067.000 EUR.**

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung (HHPL S. 204)

Sachkontengruppe 45* sonstige ordentliche Erträge in Höhe von **1.067.000 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

22_0-370_1 Ordnung (HHPL S. 211)

Finanzpositionsgruppe 65* sonstige Einzahlungen in Höhe von **1.067.000 EUR.**

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

21.12.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.12.2022:

**zu 5.24 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/05000**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

I. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **262.734 EUR.**

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **262.734 EUR.**

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **262.734 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **262.734 EUR.**

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin